



Antrag

der Fraktion der FDP

Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zur humanitären Verpflichtung Europas zur Aufnahme von Schutzbedürftigen und dem Grundrecht auf Asyl. Gleichzeitig bedarf es einer verlässlichen und fairen Migrationspolitik zur Reduzierung irregulärer Migration und Bekämpfung krimineller Schlepperorganisationen. Dementsprechend sieht der Landtag die Notwendigkeit, die bestehenden europäischen Regelungen zu reformieren:

1. Das Rückführungsmanagement ist ein wichtiger Aspekt einer verantwortungsvollen Asyl- und Migrationspolitik. Es bedarf insoweit einer funktionierenden Steuerung und Ordnung, mit welcher die Kommunen entlastet werden. Der Landtag begrüßt daher die Ergebnisse der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 10. Mai 2023, wonach Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollen. Eine solche Regelung muss zeitnah beraten und beschlossen werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein dementsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene konstruktiv zu begleiten und der Einstufung Georgiens und Moldaus als sichere Herkunftsländer im Bundesrat zuzustimmen. Der Landtag fordert die

Landesregierung zudem auf, sich auf Bundesebene für ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren einzusetzen, mit dem eine Einstufung als sichere Herkunftsländer geklärt werden kann, um weitere sichere Herkunftsstaaten ausweisen zu können.

2. Der Landtag begrüßt den Beschluss der EU-Mitgliedstaaten vom 08. Juni 2023 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), wonach nunmehr Prüfverfahren von Schutzsuchenden schon an den europäischen Außengrenzen durchgeführt werden können, eine Verfahrensdauer von zwölf Wochen bei Asylanträgen sichergestellt werden soll, ein Solidaritätsmechanismus vereinbart wurde und gemeinsame Mindeststandards für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden gelten. Hierdurch wird eine geordnete und kontrollierte, aber trotzdem effiziente und zügige Migration sichergestellt. Der Landtag unterstützt diese Ziele und fordert die Landesregierung auf, diese von den EU-Mitgliedstaaten beschlossenen Maßnahmen ebenfalls zu unterstützen und die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen zum GEAS und der anschließenden Umsetzung entsprechend konstruktiv zu begleiten.

Bernd Buchholz

und Fraktion